

**You can't evict a
movement -**

Erste Ausgabe Juni 2018

you can't evict
SOLIDARITY

**Grenzenlose Solidarität mit den migrantischen
Kämpfen in Griechenland, auf der
Balkanroute und überall!**

Our passion for freedom is stronger than their prisons!

**Unterstützt die Anti-Repressions-Kampagne für Betroffene
antirassistischer Kämpfe an den EU-Grenzen und für
Freiräume und Bewegungsfreiheit!**

cantevictsolidarity.noblogs.org

Spendenkonto:

Rote Hilfe e.V. / OG Hannover

IBAN: DE42 4306 0967 4007 2383 57

BIC: GENODEM1GLS GLS Bank

Verwendungszweck: Cant evict Solidarity





Salzburg

Budapest

Zur Kampagne: You
Can't evict Solidarity
S. 1 ff.

Ljubljana

Rösztke

Ahmed H. & die
Rösztke11
S. 4 ff.

Repressionen entlang der
Balkanroute
S. 3

Zagreb

Belgrad

Aktuelle Situation
in Serbien
S. 7

Bosnien:
neue Roue
S. 10 ff.

Bulgarien:
Harmanli 21
S. 9

Gevgelija

Istanbul

Aktuelle Situation in
Mazedonien
S. 8

Thessaloniki

Lesbos

Aktuelle Situation in
Griechenland
S. 12 ff.

Izmir

Athen

Bodrum

Mehr Infos, Links &
Kontakt Daten
S. 17

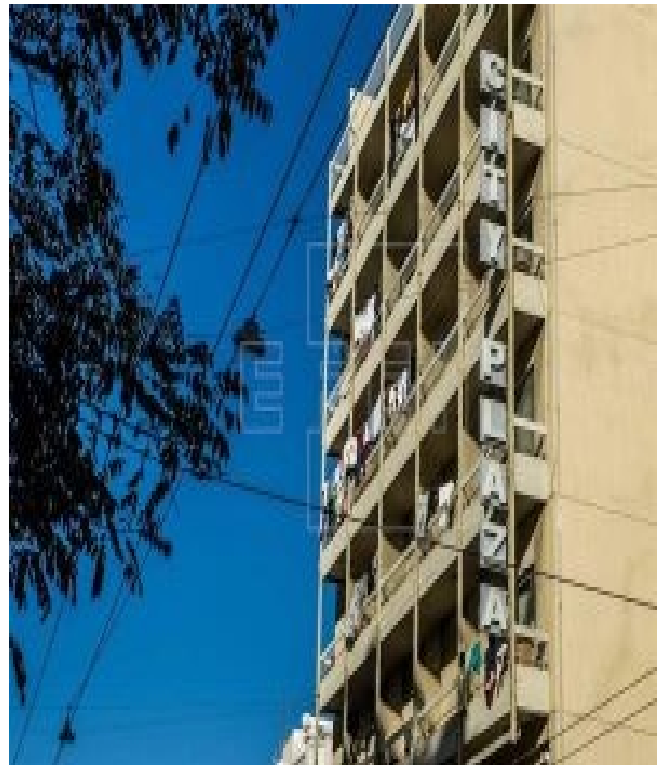
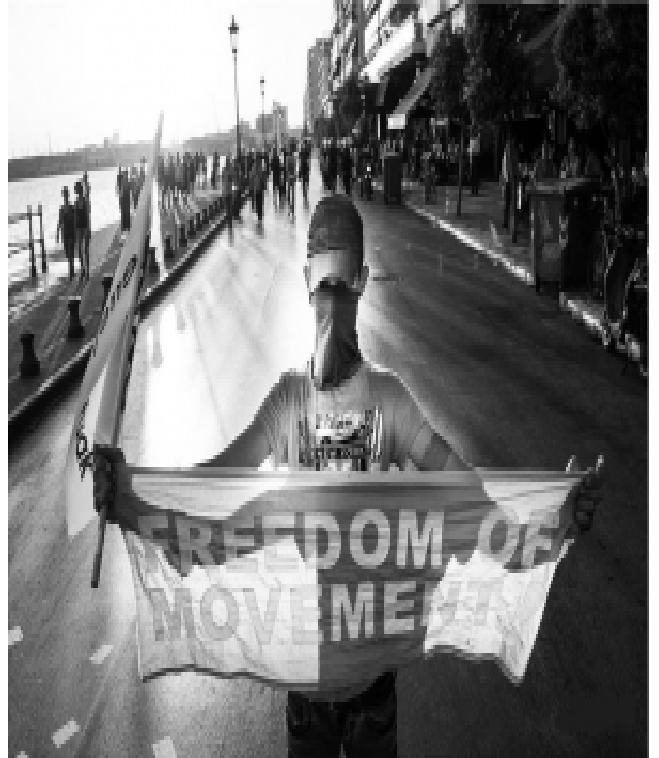
Die Moria 35,
Lesbos
S. 13 ff.

Allgemeines zur Kampagne.

Die Kampagne **You can` t evict Solidarity** besteht aus unterschiedlichsten Menschen, die in Deutschland und Griechenland wohnen und in antirassistischen und anderen politischen Kämpfen aktiv sind. Viele von ihnen waren in den letzten zweieinhalb Jahren auch auf der Balkanroute, in Griechenland oder an den EU-Außengrenzen aktiv. Zusammen haben sie im Sommer 2016 die Kampagne „You can` t evict Solidarity“ gestartet, in der sie sich für grenzenlose Solidarität mit den (migrantischen) Häuserkämpfen in Griechenland und anderswo einsetzen.

Der Start der Kampagne im Sommer 2016

Im Juli 2016 wurden in Thessaloniki in Griechenland die von Geflüchteten und anderen Aktivist*innen besetzten Häuser „Orfanotrofeo“, „Nikis“ und „Hurriya“ von der Polizei nach Anordnung der dortigen Syriza-Regierung und der griechischen Kirche geräumt. Dabei und bei folgenden Protestaktionen gegen die Räumungen wurden über 100 Menschen verhaftet. Viele der dort lebenden Geflüchteten wurden in Militärcamps gebracht. Einige Tage später, im Juni und August 2016, wurden in Gerichtsprozessen die ersten Menschen zu hohen Geld- und Bewährungsstrafen verurteilt. Die meisten von uns waren auf dem zuvor stattfindenden No Border Camp in Thessaloniki, wo erste Kontakte geknüpft wurden. Nach den Räumungen haben wir uns gemeinsam mit Betroffenen entschlossen, uns zusammenzuschließen, um Geld für die anfallenden Prozesskosten zu sammeln, Öffentlichkeit für die Räumungen zu schaffen und gleichzeitig die migrantischen Häuserkämpfe zu unterstützen. Deshalb ist ein Ziel der Kampagne, weitere solcher Orte auch an anderen Orten zu unterstützen und aufzubauen. Dass dies nach wie vor wichtig ist, zeigen die jüngsten Fälle von Repression gegen die solidarische Bewegung in Griechenland.



Was ist schon passiert & was steht an?



Die Kampagne ist im Herbst 2016 gestartet und wir haben bis jetzt viel Unterstützung durch solidarische Menschen bekommen, die Soli-Parties in vielen Städten organisiert haben, Geld spenden und für Öffentlichkeit sorgen. Dadurch konnten bereits mehrere tausend Euro gesammelt und an Betroffene in Griechenland weitergeleitet werden, für Anwalts- und Gerichtskosten, für verhängte Geldstrafen, sowie für Öffentlichkeitsarbeit zum Thema (Flyer, Aufkleber und Plakate).

Konkret sieht es in Thessaloniki so aus, dass nach den ersten Verurteilungen der Besetzer*innen des „Nikis“ im Juli 2016 nun 2017 weitere Prozesstermine gegen insgesamt 82 Besetzer*innen der „Hurriya“- und der „Orfanotrofeio“-Besetzung stattfanden. Die „Orfanotrofeio“-Aktivist*innen wurden für eine Protestaktion gegen die Räumung durch die griechische Kirche wegen „Störung der Kirchenruhe“ angeklagt und nun im Revisionsprozess freigesprochen. Zusätzlich wurden am 31. Mai fünf weitere Besetzer*innen des „Orfanotrofeio“ vom Gericht von allen Vorwürfen freigesprochen. Der Prozess gegen die 58 „Hurriya“-Besetzer*innen wurde bereits mehrere Male und nun auf September 2018 verschoben. Im Dezember wurden alle 9 Besetzer*innen des „Albatros“ zu 6 Monaten Haft auf 3 Jahre Bewährung verurteilt, sie legen nun Berufung ein.

Diese Prozesse begleiten wir hier und in Griechenland solidarisch und unterstützen dazu Betroffene in neuen Repressionsfällen. Zusätzlich sind in Athen nach den Räumungen der Besetzungen „Alkiviadou“ und „Villa Zografou“ weitere 200 Personen angeklagt. Auch haben wir finanziell das soziale Zentrum für Migrant*innen „Steki“ in Thessaloniki unterstützt, das zwar nicht besetzt, aber von der Schließung durch den griechischen Staat bedroht ist, sowie die verurteilten Besetzer*innen der bereits im Frühjahr 2016 geräumten Besetzung „Turtle Corner“ in Thessaloniki. Gleichzeitig zeigen die jüngsten Entwicklungen in Griechenland und die immer noch offenen Gerichtsverfahren, dass die Kampagne notwendig bleibt und wir weiterhin Solidarität und Unterstützung organisieren müssen.

Wie sieht die Zukunft der Kampagne aus?

Wir haben uns im Dezember 2017 getroffen und über die (Neu)Ausrichtung der Kampagne diskutiert. Da die staatliche Repression gegen Geflüchtete auf der gesamten Balkanroute und an den EU-Außengrenzen, nicht nur in Griechenland, zunimmt und nicht vor Grenzen halt macht und es gleichzeitig große solidarische Netzwerke über alle Grenzen hinweg gibt, werden wir die Kampagne erweitern. Wir werden das bisher gesammelte Geld für die noch verbliebenen Prozesse und nicht verurteilten Personen in Griechenland verwenden, am Thema dranbleiben und Öffentlichkeitsarbeit machen. Dazu wollen wir verstärkt länderübergreifende Anti-Repressions-Arbeit machen zur Unterstützung von Betroffenen aus antirassistischen Kämpfen an den EU-Grenzen. Dafür wollen wir Öffentlichkeit schaffen und rufen zu Spenden auf. Betroffene, sowie alle Menschen, die Lust auf Mitarbeit an der Kampagne haben, können sich gerne bei uns melden.

Repressionen entlang der Balkanroute.

Grundsätzlich beobachten wir nicht nur in Griechenland, sondern europaweit, dass die staatliche Politik gegenüber Menschen auf der Flucht, gegenüber Unterstützer*innen und gegenüber Alternativen zu staatlicher Migrationskontrolle immer repressiver wird. Dies war auch schon vor dem sogenannten „Sommer der Migration“ 2015 so, nun sind die Grenzen zwischen den Staaten auf der Balkanroute, wie zwischen Serbien und Ungarn, mittlerweile hochmilitarisiert. Hier werden Geflüchtete von Polizei und Militär mit hochgerüsteter Technik aufgespürt, mit Gewalt am Grenzübertritt gehindert und teilweise monatelang rechtlos inhaftiert. Zum Teil werden an den militarisierten Grenzen Flüchtende erschossen, wie an der Grenze zwischen Bulgarien und der Türkei.

Gleichzeitig erhöht sich der Repressionsdruck auf Geflüchtete, wie in Ungarn, wo Ahmed H., einer von elf im September 2015 im ungarischen Röszke verhafteten Geflüchteten (Röszke11), im November 2016 zu 10 Jahren Haft verurteilt wurde. Er und die anderen wurden bei Protesten an der ungarisch-serbischen Grenze willkürlich aus der Menge heraus verhaftet und wegen Terrorismus und illegalem Grenzübertritt angeklagt.. Zwar wurde dieses Urteil in der nächsten Instanz gekippt, Ahmed ist allerdings weiter in Haft und wartet auf die Berufung.

Trotz alledem nehmen immer noch viele Menschen den gefährlichen Weg über die Balkanroute auf sich und sitzen daraufhin in „Hotspots“ auf griechischen Inseln oder v.a. in Serbien fest, wohnen teilweise auf der Straße oder werden illegal abgeschoben. Aus der Not besetzte Häuser werden geräumt, wie besetzte Lagerhallen in Belgrad im Frühjahr 2017, und solidarische Aktivist*innen werden als Schleuser*innen verhaftet, wie z.B. im Herbst 2016 in Kroatien. Aufgrund der Militarisierung der Grenzen und der Kriminalisierung von Unterstützung Geflüchteter durch neue Gesetze, z.B. mit hohen Haftstrafen wegen „Schleuserei“, ist es für Aktivist*innen mittlerweile fast unmöglich geworden Menschen auf ihrem Weg direkt zu unterstützen.

Aber es gibt auch sichtbaren Widerstand. Immer wieder protestieren Geflüchtete gegen die Zustände und für offene Grenzen und ihre Weiterreise. So gab es 2016 einen Protestmarsch Geflüchteter von Belgrad an die Grenze zu Kroatien und erst im Dezember ein Protestcamp von Geflüchteten an der serbisch-kroatischen Grenze bei Sid. Diese Proteste werden meistens recht schnell von Polizei und Militär beendet, die Protestierenden auf Camps im ganzen Land verteilt.



Ungarn: Ahmed H. & die Röscke 11

Wer ist Ahmed H.? Wer sind die Röscke11?

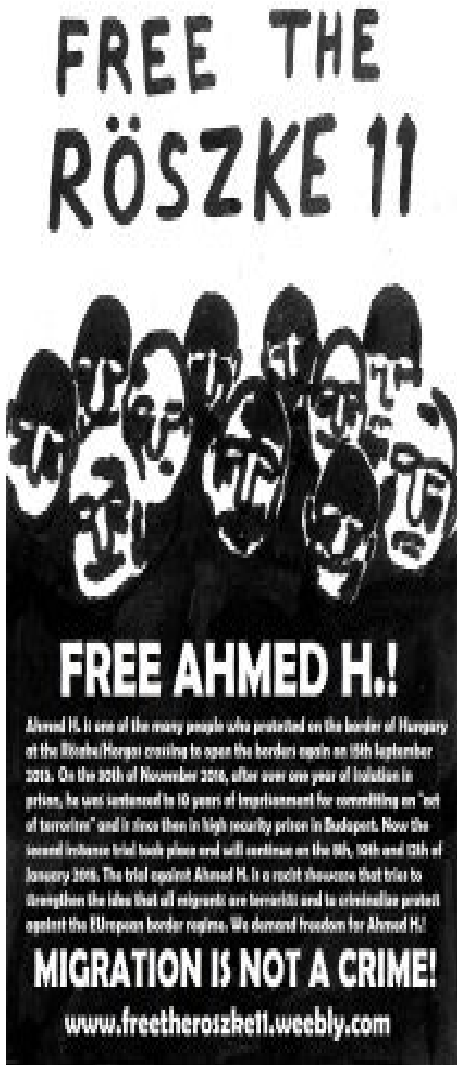
Ahmed H. ist einer der vielen Menschen, die am 15. September 2018 am Horgos/Röscke-Grenzübergang an der ungarischen Grenze für die Wiederöffnung der Grenze protestiert haben.

Ahmed war 2015 von Zypern auf die Balkanroute gereist um seine Eltern auf ihrer Flucht nach Deutschland zu begleiten. Am Grenzübergang Röscke/Horgos an der serbisch-ungarischen Grenze kam es nach der Schließung der Grenze durch Ungarn zu Protesten für eine Wiederöffnung. Wenige Stunden zuvor hatte Ungarn die Grenzen geschlossen und Grenzübertritte zur Straftat erklärt. Dabei riegelte Ungarn mit Einsatz von Anti-Terror-Einheiten die Grenze ab, die ungarische Polizei setzte Tränengas und Wasserwerfer gegen die protestierenden Menschen, darunter Frauen und Kinder, ein. Nach großen Protesten und vielen Verletzten durch massive Polizeigewalt wurde Ahmed als einer von 11 Personen (die „Röscke11“) von der ungarischen Polizei am Bahnhof in Budapest festgenommen und zum „terroristischen Anführer der Proteste“ erklärt. Am 30. November 2016 wurde er - nach einem Jahr in Isolationshaft - vom Gericht in Szeged (Ungarn) wegen „Terrorismus“ zu 10 Jahren Haft verurteilt und befindet sich seitdem im Hochsicherheitsgefängnis in Budapest. Nachdem seinem Einspruch im Juni 2017 vom Gericht in Budapest wegen einem „Mangel an Beweisen und fehlerhafter Übersetzung“ stattgegeben wurde, startete im Herbst 2017 das Revisionsverfahren in Szeged, das im März 2018 mit einer erneuten Verurteilung zu 7 Jahren Haft wegen „Terrorismus“ zu Ende ging. Dagegen hat Ahmed Widerspruch eingelegt. Deshalb wird das Verfahren nun am 20. September 2018 in Budapest erneut aufgerollt.

Das Gerichtsverfahren gegen Ahmed H. ist ein rassistischer Schauprozess, der versucht die Idee zu verbreiten, dass alle Migrant*innen „Terrorist*innen“ sind, und Proteste gegen das Europäische Grenzregime zu kriminalisieren. **A political trial can never be a fair trial!**

Grenzschießung der ungarischen Grenze in Röscke in 2015, Ahmed im Gericht in Szeged in 2016 Seit 3 Jahren geht das Verfahren des ungarischen Staates gegen Ahmed H. in absurde und endlose Runden. Nachdem Anfang Juli 2016 die anderen zehn Beschuldigten im Röscke11-Verfahren vom Gericht in Szeged/ Ungarn wegen „illegalem Grenzübertritt“ und „Teilnahme an einem Massenprotest“ zu ein bis drei Jahren Haft verurteilt wurden, wurde Ahmed H. als „Anführer“ und „Terrorist“ in einem separaten Verfahren angeklagt. Trotz mangelnder Übersetzung und einer abenteuerlichen Konstruktion von Vorwürfen und trotz Mangel an Beweisen wurde Ahmed 2016 wegen „Terrorismus“ zu 10 Jahren Haft verurteilt. Nach Ahmeds erfolgreichem Widerspruch in Budapest wurde das Gerichtsverfahren ab Herbst 2017 erneut aufgerollt.

Wer geglaubt hatte Ahmed bekäme nun ein faires und gerechtes Gerichtsverfahren statt eines politischen Schauprozesses wurde bitter enttäuscht. Der einzige Unterschied war der Richter. Allerdings verwendete er die gleichen Videos als Beweise und lud die gleichen Polizisten als Zeugen. Auch war der gesamte Prozess geprägt von rassistischen Äußerungen und der Vorverurteilung Ahmeds als „Terrorist“. Weder galt für das Gericht und den Staatsanwalt die Not, in der die Menschen am Grenzübergang Röscke nach langer Reise nun festsäßen, noch die zurückliegenden Strapazen ihrer Flucht nach Europa; weder die aufgeladene Situation an der Grenze, noch die Polizeigewalt gegenüber den Wartenden. Die Polizeibeamt*innen hätten in der gesamten Situation stets richtig gehandelt, diese zu provozieren, sei die eigentliche Absicht Ahmed H.s in Röscke gewesen. Sein Ziel, (illegal) Ungarn zu durchqueren, sei in allen seinen "Taten" ablesbar gewesen.



Und so wurde am 14. März 2018 in Szeged das Urteil gegen Ahmed H. aus dem voran gegangenen Prozess bestätigt. Der „Unterschied“: Statt zu zehn Jahren Haft wurde er nun zu sieben Jahren verurteilt. Das Urteil fiel in der Hochphase des Wahlkampfes für die ungarische Parlamentswahl am 8. April und einen Tag vor dem ungarischen Nationalfeiertag. Der Richter hatte sich offenbar entschieden, seine Karriere nicht aufs Spiel zu setzen, indem er in der Urteilsbegründung in großen Teilen der Anklage folgte. Die „geringere“ Strafe kam zustande, da Ahmed H. nachweislich die wütende Menge versucht hatte zu beruhigen und ein „Ultimatum“ an die Polizei nicht belegt werden konnte. Es handelt sich um einen politischen Schauprozess, in dem das Urteil bereits feststand, noch bevor die Plädoyers gesprochen worden waren.

Mit diesem Urteil behält Ungarn nun seinen Terroristen, der weiterhin für die rassistische Propaganda und der Fidesz-Regierung eingesetzt wird. So startete die Regierung die Legende vom „Battle of Röszke“, bei dem die ungarische Polizei „heroisch“ das Land gegen die „Angreifer*innen“ verteidigt habe, und eine Facebookseite mit dem Titel „Ahmed H. ist ein Terrorist“. Ahmed bleibt in Haft, unschuldig, und isoliert von seiner Familie.

Währenddessen werden Asylbewerber*innen in Ungarn in geschlossenen Lagern in der Transitzone inhaftiert, illegale Pushbacks aus ganz Ungarn zurück nach Serbien durchgeführt, und die Grenze weiter gewaltvoll militarisiert, mit einem zweifachen Grenzzaun, geschützt von Frontex und

speziellen "Grenzjägern". Von Seiten der EU wird dies ohne Kritik, eher mit Wohlwollen gesehen, ist dies alles doch Teil des EU-Grenzregimes und der Abschreckungsstrategie der EU. Von dieser Seite ist „Gerechtigkeit“ nicht zu erwarten. Ahmeds nächster Gerichtstermin wird am 20. September 2018 in Budapest stattfinden. Beteiligt euch an den Protesten und zeigt eure Solidarität mit Ahmed!

“We are all humans. We should see society like a garden. A mix of all kind of flowers, of all kind of colors. That is what creates a beautiful garden.” Ahmed im Januar 2018

Nächster Prozesstermin von Ahmed H.: 20. September in Budapest

Kommt zur kritischen Prozessbegleitung und in Solidarität mit Ahmed!



Ahmed H. soll auch in Zukunft nicht allein stehen und wird weiterhin solidarisch in den folgenden Gerichtsprozessen sowie während seines Gefängnisaufenthaltes begleitet und unterstützt so gut es geht. Daran können sich alle beteiligen!

Schreibt Briefe an Ahmed:

Verein zur Förderung feministischer Projekte

Kleeblattgasse 7

1010 Vienna, Austria

FREIHEIT FÜR
ALLE
EINGESPERRTEN
GEFLÜCHTETEN
IN UNGARN
& SONST WO



Aktuelle situation in Serbien

Im Jahr 2015 im Zeitraum des sogenannten langen Sommers der Migration prägten tausende Menschen, die Serbien als Transitland auf der Fluchtroute passierten und sich auf den öffentlichen Plätzen Belgrads aufhielten, das Bild der serbischen Hauptstadt. Leerstehende Gebäude und Fabrikhallen wurden von den Menschen besetzt, um sie als kollektiven Wohnraum und als Schutz vor Kälte zu nutzen. In zentralen Parks wurde gecampt, geschlafen und auf neue Möglichkeiten der Weiterreise Richtung Norden gewartet.

Mittlerweile sind die Parks leer, besetzte Hallen und Gebäude wurden geräumt und/ oder abgerissen - insbesondere im Frühjahr 2017. Die meisten Menschen wurden in Refugee-Camps außerhalb von Belgrad gebracht. Auch das Camp im südlichen Preševo existiert noch immer. Dieses fungierte im Kontext des staatlich organisierten „Korridors“ in den Jahren 2015/ 2016 als Transitcamp, wo Refugees, die gerade die mazedonisch-serbische Grenze passiert hatten, registriert wurden. Zu dieser Zeit war die humanitäre Situation dort katastrophal. Aussagen serbischer Aktivist*innen zufolge, scheint das Camp und die Region Preševo mittlerweile zu einer Art offenem Gefängnis geworden zu sein, wo etwa 1000 Menschen bereits monatelang festsitzen. Es scheint derzeit sehr schwierig zu sein die Gegend um Preševo zu verlassen um weiter zu reisen, da die öffentlichen Reisebusse (unter Druck gesetzt werden) Geflüchteten die Mitfahrt Richtung Belgrad zu verweigern - obgleich die Menschen Serbien bereits betreten und sich dort (ordnungsgemäß) registriert haben.



Im Norden Serbiens angekommen, macht Ungarns Migrationspolitik es allerdings nahezu unmöglich die Grenze von Serbien nach Ungarn zu passieren ohne entweder von der ungarischen Grenzpolizei und/oder gewalttätigen Grenzjägern aufgegriffen, festgenommen, inhaftiert oder nach Serbien zurück gepusht zu werden. Deshalb probieren viele Menschen mittlerweile wieder die Route über Kroatien. Erst kürzlich saßen hunderte Menschen am serbisch-kroatischen Grenzübergang bei Sid fest. Dort bildete sich für einige Tage ein sogenanntes „wildes“ Camp der Festsitzenden, die gegen das rigide Grenzregime protestierten. Die Polizei reagierte auf den Protest der Menschen, die ihr Recht auf Bewegungsfreiheit forderten, indem sie sie auf verschiedene serbische Refugee-Camps verteilte.

Unschwer zu erkennen ist die große Herausforderung, Grenzen entlang der Balkanroute seit der finalen Grenzschließung in Idomeni. Dennoch versuchen es die Menschen weiterhin. Wo Grenzen, Mauern und Zäune ihnen den Weg versperren, müssen Alternativrouten gefunden werden. So gab es in Bosnien im vergangenen Jahr 2017 im Vergleich zu 2016 eine 380 %ige Steigerung an Refugees, die das Land betreten haben, um von dort weiter nach Kroatien und somit in die EU zu gelangen.

Die Rolle Serbiens, aber auch die von Mazedonien und Kroatien verdeutlichte sich während der letzten Jahre zunehmend: Diese Staaten fungieren als Pufferzone vor den Toren Europas. Wobei anzumerken ist, dass die Mehrheit der Geflüchteten nicht in diesen Ländern bleiben will, sondern diese nur als Transitländer durchreist auf dem Weg in die nördlichen europäischen Staaten.

Generell kann eine aktive Verdrängung von Geflüchteten aus öffentlichen Räumen durch Isolation und Inhaftierung wahrgenommen werden. Als Konsequenz werden nicht nur diese Menschen und das Thema Migration, sondern auch das Grenzregime mit all seiner Gewalt und Repression unsichtbar gemacht und verschwindet aus dem Bewusstsein der Gesellschaft.

Aktuelle Situation in Mazedonien

Wie auch Serbien gehört Mazedonien zu den Haupttransitländern entlang der Balkanroute. Tausende von Menschen haben diesen Staat auf ihrer Flucht Richtung EU passiert. Die Fluchtroute von Griechenland, über Mazedonien, Serbien und weiter in den Norden existiert nicht erst seit 2015 – dem sogenannten langen Sommer der Migration – wurde sie jedoch dadurch besonders sichtbar. Während dieser Zeit sah man Tausende Menschen zu Fuß laufend entlang den Schienen und dem Highway; beide verlaufen von Süden nach Norden durch das Land. Nach dem der sogenannte staatlich organisierte „Korridor“ über die Balkanroute beendet und der hoch militarisierte mazedonisch-griechischen Grenzübergang Idomeni im März 2016 endgültig geschlossen wurde, ist die Migration durch Mazedonien nahezu unsichtbar geworden.

Staatliche Repressionen und Kriminalisierungen gegenüber Refugees und denjenigen, die ihnen auf ihrer Flucht durch jegliche Art an Unterstützung geholfen haben, haben enorm zugenommen und Mazedonien als Transitland für viele zu einer großen und gefährlichen Herausforderung gemacht. Auch selbstorganisierte, unabhängige aktivistische Gruppen, die monatelang in Mazedonien entlang der Fluchtroute aktiv waren, haben sich mittlerweile aus Repressionsgründen zurückgezogen. Lediglich NGOs wie u.a. Legis können derzeit noch in den offiziellen Transitcamps Gevgelija und Tabanovce arbeiten. Die Menschen, die Mazedonien auf ihrer Flucht passieren, wollen nicht dort bleiben, sondern schnellst möglich weiterreisen. Die Wege, die sie mittlerweile nehmen müssen, sind versteckt, weit entfernt von der Straße oder den Schienen und daher oftmals gefährlicher und voraussetzungsvoller was körperliche Fitness und den Gesundheitszustand der Personen angeht.

Seit 2015 haben nur sehr wenige Menschen in Mazedonien Asyl beantragt. Es gibt immer immer wieder rechtswidrige Push-Backs nach Griechenland oder Inhaftierungen von Refugees, die dann in den Abschiebeknast Gazibaba gebracht werden. Von außen kommt dort niemand herein; die Bedingungen sind laut der lokalen Aktivist*innen jedoch katastrophal. Mittlerweile werden immer mehr Fälle publik, von Menschen, die freiwillig umkehren und zurück Richtung Süden reisen, weil es durch die starke Kriminalisierung, Repressionen und Militarisierung insbesondere für Familien oder vulnerable Personen kaum möglich ist ohne Verhaftung, Gewalterfahrungen, Ausbeutung oder Push-Backs Mazedonien, Serbien und Ungarn zu passieren.

Generell ist die sozialpolitische Lage in Mazedonien angespannt, repressiv und für viele Menschen von alltäglicher Prekarität geprägt. Neben Bosnien gehört Mazedonien zu den ärmsten Ländern Europas. Das Sozialsystem stellt keine Unterstützungsgelder bereit, sodass alle Menschen abhängig von Lohnarbeit sind, deren finanzielles Outcome eine geringfügige Beschäftigung kaum zulässt. Als Konsequenz bedeutet das für linke Aktivist*innen und politisch Aktive, dass neben der Lohnarbeit nur wenig Zeit für politische Arbeit und Aktivismus übrig bleibt. Auch die nötigen finanziellen Mittel, die für politische Arbeit gebraucht werden, fehlen: z.B. für das Zahlen der monatlichen Miete für das Soziale Zentrum oder für den Druck von Flyern, Postern, die Fahrtkosten zu wichtigen Treffen oder das Organisieren von Veranstaltungen und Protesten. Die meisten Kosten werden über Crowdfunding-Kampagnen gedeckt oder von anderen solidarischen europäischen Gruppen unterstützt.

Die linke Bewegung in Mazedonien besteht daher hauptsächlich aus Einzelpersonen, die es schaffen sich nebst ihrer Arbeitsstelle noch politisch zu engagieren. Laut ihnen nimmt die Anzahl aktiver Menschen – jenseits von NGOs – jedoch eher ab. So hat eine der wenigen linksradikalen Gruppen in der mazedonischen Hauptstadt Skopje in den letzten Jahren mehrere Mitglieder verloren. So stehen natürlich die wenigen Aktivist*innen im besonderen Fokus der Polizei und der staatlichen Repressionen. 8

Bulgarien: Die Harmanli 21



Wir dokumentieren einen Artikel von Matthias Fiedler von bordermonitoring.eu, zuerst erschienen in *jungle world* 2018/21 (am 24.05.2018). Zu finden auch unter: <https://jungle.world/artikel/2018/21/im-schlaf-verpruegelt>

In Bulgarien beginnt Anfang Juni ein Prozess gegen Asylsuchende, denen vorgeworfen wird, 2016 im Flüchtlingslager Harmanli randaliert zu haben. Damals gab es zunächst friedliche Proteste gegen die katastrophalen Unterbringungsbedingungen.

Die bulgarische Stadt Harmanli am Fluss Mariza, der in Griechenland Evros genannt wird, liegt an einer wichtigen Transitroute nach Istanbul und hat etwas mehr als 20 000 Einwohner. Sie ist nur einige Dutzend Kilometer vom Dreiländereck zwischen Bulgarien, Griechenland und der Türkei entfernt. Seit 2013 gibt es auf einem ehemaligen Militärgelände am Stadtrand ein Lager für Flüchtlinge, das derzeit etwa 2 710 Plätze hat. In den ersten Monaten nach Eröffnung des Lagers mussten Flüchtlinge notdürftig in Zelten unterkommen und sich am offenen Feuer wärmen. Schrittweise wurden die fensterlosen Gebäude renoviert und zusätzlich Container auf das Gelände gestellt. Geschehnisse im Lager, die sich im Jahr 2016 ereigneten, beschäftigen zurzeit die bulgarische Justiz. Anfang September 2016 forderten Anwohnerinnen und Anwohner, das damals völlig überfüllte Lager zu schließen. Unterstützt wurden sie von der rechtsextremen Partei Bulgarische Nationale Bewegung (IMRO) und anderen rechtsextremen Organisationen. In der Stadt kursierten Gerüchte, die Flüchtlinge hätten Seuchen und bedrohten die Einwohner. Die Proteste wurden größer und der Druck auf die lokale Verwaltung stieg.

Schließlich verhängte sie im November 2016 eine permanente Ausgangssperre über das Lager, die vom Gesundheitsministerium in Sofia mit einer Quarantänemaßnahme gerechtfertigt wurde. Später stellte sich jedoch heraus, dass eine derartige Maßnahme gar nicht nötig gewesen wäre. Die Asylsuchenden protestierten gegen die Abriegelung des Lagers, ihre vollständige Isolierung von der Außenwelt und die Zustände im Lager. Nach zwei Tagen Ausgangssperre griffen manche Protestierende zu Gewalt. Einige Asylsuchende hatten sich mit Steinen bewaffnet und warfen sie auf die Polizei, die das Lager großräumig abriegelte. Die Beamten antworteten mit Knüppeln und dem Einsatz von Wasserwerfern. Der Einsatz erstreckte sich bis in die darauffolgende Nacht. Freiwillige Helferinnen und Helfer erhielten Anrufe von Flüchtlingen, die sagten, sie hätten geschlafen und seien unvermittelt von der Polizei angegriffen worden, obwohl sie gar nicht am Aufstand beteiligt gewesen seien. Zahlreiche Fotos wurden noch in derselben Nacht in sozialen Netzwerken veröffentlicht, die Flüchtlinge mit blutenden Kopfwunden und Verletzungen am Körper zeigten. Rechtsextreme bedrohten diejenigen, die die Bilder veröffentlicht hatten.

Die Behörden gaben später an, dass 300 Asylsuchende während der Krawalle verhaftet worden seien. Am 28. November 2016 ließen sie verlauten, dass sich 50 afghanische Flüchtlinge bereit erklärt hätten, in das Land zurückzukehren. Um das Lager in Harmanli wurde ein über zwei Meter hoher Metallzaun mit Stacheldraht gebaut. Knapp 300 Polizisten, die am Einsatz beteiligt gewesen waren, erhielten Geldprämien, die Vorwürfe gegen die Polizei wurden nicht überprüft.

Im März 2018 äußerte sich eine Sprecherin des UNHCR Bulgarien zu den Lebensbedingungen in den offenen Unterkünften für Asylsuchende: Die hygienischen Zustände seien weiterhin mangelhaft und der Schutz von Asylsuchenden sei nicht ausreichend gewährleistet. Seit den Ausschreitungen von Harmanli nimmt die Staatliche Agentur für Flüchtlinge (SAR) in Bulgarien Menschen in Haft, deren Asylverfahren noch nicht entschieden sind.

Am 5. Juni soll der Prozess gegen 21 Personen beginnen, die angeklagt sind, an den Ausschreitungen im Jahr 2016 beteiligt gewesen zu sein. Sie werden des Rowdytums und der Zerstörung von Eigentum beschuldigt. Die Behörden beziffern den Sachschaden auf 85 000 Lewa (43 000 Euro). Eigentlich sollte der Prozess bereits im April stattfinden, doch nur zehn der Beschuldigten erschienen damals vor Gericht, woraufhin der Prozess nach 30 Minuten abgebrochen und vertagt wurde. Die zehn Angeklagten waren von der Migrationsbehörde aus der Haftanstalt für Migranten in Ljubimez abgeholt und zum Gerichtsgebäude gefahren worden; den anwesenden Medien erklärten einige von ihnen, dass sie unschuldig seien. Das Gericht erhofft sich nun bis 5. Juni Klarheit über den Verbleib der restlichen Angeklagten.

Der Fall erinnert an das Gerichtsverfahren gegen 35 Migranten, die auf der griechischen Insel Lesbos festgenommen worden waren. Auch dort hatte es nach einem zunächst friedlichen Protest vor dem Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) am 17. und 18. Juli 2017 einen Aufstand im völlig überfüllten Lager Moria gegeben. Die rabiät durchgeführten Festnahmen fanden eine Stunde nach dem Abflauen der Unruhen statt. 32 Asylsuchende wurden im April zu zweijährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Viele von ihnen beteuerten vor Gericht ihre Unschuld und gaben an, willkürlich von der Polizei festgenommen und verprügelt worden zu sein.

Bosnien.

Balkanroute: Der neue, alte Weg

<https://www.zeit.de/2018/23/balkanroute-fluechtlinge-asyl-landweg-europa>

Erneut machen sich Tausende Menschen über den Balkan auf nach Nordeuropa. Woher kommen sie? Was geschieht mit ihnen? Wenn aktuell über den Zuzug von Flüchtlingen gesprochen wird, steht noch immer die Route über das *Mittelmeer* im Zentrum der Aufmerksamkeit. Weitgehend unbeachtet gelangen jedoch wieder vermehrt Menschen über die Türkei und Südosteuropa in die EU.

Die Folge: Allein in Bosnien-Herzegowina, das an den EU-Staat Kroatien grenzt, sind laut dem Flüchtlingshilfswerk UNHCR seit Januar rund 4.300 Flüchtlinge und Migranten angekommen, mehr als fünfmal so viele wie im gesamten vergangenen Jahr. Das Bundesinnenministerium nennt Bosnien einen „Brennpunkt der illegalen Migration“.

Rund dreihundert Flüchtlinge kampierten in den vergangenen Wochen in den Straßen von Sarajevo. Etwa tausend, so das UNHCR, harrten derzeit in den beiden bosnischen Grenzstädtchen Bihac und Velika Kladuša aus. Sie warten auf eine Chance, unentdeckt nach Kroatien und weiter über den Grenzfluss Kolpa nach Slowenien zu gelangen. Es sind bis dort nur 70 Kilometer. Slowenien gehört – anders als Kroatien – zum Schengen-Raum. Von dort aus hoffen die Menschen ohne Kontrollen nach Norden zu kommen.



➔ Flüchtlingsroute nach Zentraleuropa

Evros:
Seit Januar 2018 ertranken neun Menschen im Fluss, im gesamten Jahr 2017 gab es einen Toten

Mostar:
Eröffnung eines neuen Asylzentrums für bis zu 300 Flüchtlinge

Sarajevo:
Flüchtlinge und Migranten kampieren auf Straßen und in Parks

Bihac:
500 Flüchtlinge warten auf ihre Weiterreise nach Slowenien

Velika Kladuša:
Von hier aus sind es nur 70 Kilometer bis zum begehrten Schengenraum, der in Slowenien beginnt

Kolpa:
Zwischen dem 1. 1. und dem 31. 3. 2018 ertranken hier sieben Flüchtlinge

von hier aus geht der Weg weiter Richtung Norden

Griechenland:
Immer noch kommen viele Menschen über die Ägäis

Bosnien und Herzegowina:
In den ersten fünf Monaten 2018 wurden im Vergleich zum Vorjahr mehr als fünfmal so viele Flüchtlinge registriert

Fortsetzung zu Bosnien.

Die bosnisch-herzegowinische Grenzpolizei registrierte derzeit „täglich 100 bis 150 Migranten bei der unerlaubten Einreise“, diese Zahl habe sich aktuell gegenüber 2017 „verzwölffacht“. Ein Viertel der Flüchtlinge und Migranten, so das UNHCR, sind Syrer, gefolgt von Pakistanern, Afghanen, Irakern und Libyern. Ebenso melden Albanien und Montenegro eine Verdoppelung der Flüchtlingszahlen – wenn auch auf niedrigerem Niveau. Das Bundesinnenministerium sagt dazu: „An nahezu allen Grenzabschnitten der Westbalkanstaaten werden illegale Grenzübertritte – insbesondere seit Jahresbeginn 2018 – mit steigender Tendenz festgestellt.“

Drei Fluchtwege führen derzeit zur EU-Grenze. Der erste verläuft unmittelbar aus Serbien dorthin, wo seit dem heißen Herbst 2015 etliche Flüchtlinge immer noch feststecken. Die zweite und dritte Route kommen aus der Türkei. Und das, obwohl es hieß, seit dem Deal mit der EU kämen von dort so gut wie keine Flüchtlinge mehr. Auch das ist ein Irrtum.



Sowohl auf dem See- als auch auf dem Landweg schaffen es immer noch viele Menschen von der Türkei bis an die EU-Grenze. Die inzwischen meistgenutzte Landroute verläuft von Istanbul über den Evros-Fluss nach Griechenland, Albanien und Montenegro bis nach Sarajevo. Auch diese Flucht birgt Gefahr. Laut IOM ertranken bis Ende März 2018 im Evros bereits neun Menschen, 2017 kam hier „nur“ einer ums Leben.

Jeden Monat bitten derzeit etwa zehntausend Menschen in Deutschland um Asyl. Schon jetzt kommen viele von ihnen über den Westbalkan. Bald könnten es noch mehr werden. Denn obwohl sie ihren Schutzantrag gemäß der Dublin-Verordnung in einem der von ihnen durchquerten und als sicher geltenden Transitländer hätten stellen müssen, wird niemand an der deutschen Grenze zurückgewiesen. Ex-Innenminister Thomas de Maizière hatte diese Regel im September 2015, auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise, ausgesetzt. Sein Nachfolger Horst Seehofer will das nicht ändern.

<https://ffm-online.org/2018/06/03/auf-der-balkanroute-von-sarajevo-an-die-grenze/>

Aktuelle Situation in Griechenland I

*Während die Situation für Geflüchtete in Griechenland sich in den letzten Jahren größtenteils verschlechtert hat und die Lebenssituation der Menschen in Griechenland geprägt ist von der menschenverachtenden Austeritätspolitik der EU, sitzen nun nach der Militarisierung und gewaltsamen Schließung der Balkanroute zusätzlich über 80.000 Migrant*innen in Griechenland fest. Durch die Migrationspolitik der EU, wie dem EU-Türkei-Deal, und der griechischen Syriza-Regierung kommt es zu einer zunehmenden Militarisierung und Repression gegen Geflüchtete und Aktivist*innen. Mehrfach wurde das Asylrecht verschärft, in den überfüllten, griechischen Camps fehlt es meistens an medizinischer Grundversorgung, Versorgung mit Alltäglichem wie Nahrungsmitteln, sowie sanitären Anlagen. Viele Lager bestehen aus abgelegenen, ehemaligen Industriehallen oder Zeltstädten.*

Hinzu kommt die gewaltvolle Behandlung seitens der Polizei, dem Militär und Securities. Viele Camps gleichen mittlerweile Gefängnissen. Besonders stechen die sogenannten „Hot-Spots“ auf den Inseln Chios, Lesbos und Samos heraus, die seit dem EU-Türkei-Deal für Geflüchtete zu einer Sackgasse geworden sind. So sitzen aktuell über 15000 Menschen auf den Inseln fest – allein über 8000 Menschen unter menschenunwürdigen Bedingungen im Camp Moria auf Lesbos, das für 1500 Personen ausgelegt ist. Immer wieder protestieren die dortigen inhaftierten Menschen mit u.a. Hungerstreiks gegen die Bedingungen in diesen „offenen Gefängnissen“ und für eine Weiterreise. Diese Proteste werden größtenteils gewaltsam beendet, die Beteiligten monatelang inhaftiert oder abgeschoben, wie z.B. die Petrou Ralli 8 oder die Moria 35.



Aktuelle Situation in Griechenland II

*Aus diesen Gründen wurden und werden nicht nur in Thessaloniki, sondern auch in Athen und anderen griechischen Städten sowie auf den Inseln, Häuser besetzt und von Geflüchteten und anderen Aktivist*innen genutzt, da sie die Möglichkeit bieten ein selbstbestimmtes Leben außerhalb der staatlichen Lager, jenseits von staatlicher Gewalt und jenseits von sexistischen, rassistischen und nationalistischen Kategorien zu führen.*

Die Häuser sind ein Ort für politische Vernetzung, Selbstorganisation gegen das EU-Grenzregime, sowie Orte der Solidarität und der gegenseitigen Unterstützung, auch durch die griechische Bevölkerung. Damit bilden sie wirkungsvolle Alternativen zu staatlichen und kapitalistischen Repressalien. Die bekannteste von diesen Hausbesetzungen dürfte das ehemalige Hotel „City Plaza“ in Athen sein, in dem seit 2015 über 400 Menschen gemeinschaftlich und solidarisch leben. Auch hier in Deutschland und auf der Balkanroute gab und gibt es mehrere dieser Freiräume und Bestrebungen neue zu schaffen – wie die OM10 in Göttingen oder die (ehemals) besetzten Lagerhallen in Belgad.

Statt nun die unmenschliche Situation von Geflüchteten zu verbessern setzt die griechische Regierung weiter auf Repression als verzweifelter Versuch eine kraftvolle internationale Solidaritätsbewegung zu zerschlagen. So ließ die Regierung mehrfach Besetzungen auf Lesbos, sowie im März 2017 die Geflüchteten-Besetzung „Alkiviadou“ und die Hausbesetzung „Villa Zografou“ in Athen räumen und 200 Menschen, die dort lebten, festnehmen. Dies mit der Ansage des griechischen Ministers für öffentliche Ordnung, Nikos Toskas, die Räumung besetzter Häuser, die zur Unterbringung von Geflüchteten genutzt werden, voranzutreiben, was die baldige Räumung weiterer Orte wie des „City Plaza“ befürchten lässt.

Im April kam es zur Räumung einer weiteren Geflüchteten-solidarischen Besetzung in Thessaloniki, dem „Albatros“, das nach den letzten Räumungen in Thessaloniki im Sommer 2016 entstanden war.. Alle diese Räumungen wurden in Griechenland und anderen Ländern in den Gerichten und auf den Straßen von Protesten hunderter, teilweise tausender solidarischen Menschen begleitet.



Die Moria 35, Lesbos

Der folgende Artikel wurde von einer Genossin der Kampagne verfasst, die den Prozess auf Chios begleitet hat. Er ist zu finden unter:

<http://www.legalcentrelesbos.org/2018/04/28/the-moria-35-trial-results-in-conviction-of-32/>

Rassismus im Gerichtssaal – Urteil gegen die Moria 35 auf Chios

Der Hammer fällt im kleinen Gerichtssaal der griechischen Insel Chios. In den Gesichtern von 35 geflüchteten Menschen zeichnet sich Verwirrung und Verzweiflung ab. Sie sitzen in enge Reihen gedrängt, umstellt von bewaffneten Polizisten. 32 der 35 Angeklagten wurden in einem viertägigen Verfahren kollektiv wegen der Verletzung eines Polizeibeamten verurteilt. 26 Monate sollen sie nun ins Gefängnis, auch wenn diese Strafe vorübergehend aufgeschoben ist. Die Verhandlung wurde von einem unabhängigen Komitee internationaler Menschenrechtsbeobachter begleitet. Der Sprecher James Nichol ist überzeugt: „Diese Prozesse hätten niemals stattfinden dürfen. Von Anfang an gab es keinerlei belastbare Beweise gegen die Angeklagten und es unfassbar, dass sie auf dieser Grundlage auch noch verurteilt wurden.“

Die 35 Männer waren am 18. Juli auf der Nachbarinsel Lesbos im Flüchtlingslager Moria festgenommen worden. Die Protestierenden hatten gefordert, dass alle Menschen, die seit über sechs Monaten im überfüllten Lager Moria leben müssen, auf das Festland weiterziehen dürfen. Die vornehmlich afrikanische Gruppe hatte sich seit dem Winter 2016/17 organisiert, nachdem mehrere Menschen vor Kälte und wegen der mangelhaften medizinischen Versorgung im Lager zu Tode gekommen waren. Sie schrieben Briefe an das Europäische Parlament, verhandelten mit der Camp-Leitung und veranstalteten friedliche Demonstrationen. Am 17. Und 18. Juli 2017 mündete der Protest in Sitzstreiks vor dem Europäischen Asylbüro innerhalb des Lagers Moria. Die Polizei zerstreute die Menschenmenge und die Situation eskalierte: Videos zeigen, wie Polizisten gezielt Tränengas auf die DemonstrantInnen schießen und Steine werfen. Einige der Protestierenden setzten sich ihrerseits zu wehr: Gegenstände fliegen durch die Luft, Autos werden beschädigt und kleinere Feuer breiteten sich aus.

„Es war eine völlig willkürliche und gewaltsame Festnahme“

Aus den Zeugenaussagen und zahlreichen Berichten der Angeklagten geht klar hervor: Die gewaltsamen Festnahmen der Geflüchteten fanden erst eine Stunde statt, nachdem sich die Unruhen gelegt hatten. Fast alle der Angeklagten sagten aus, noch nicht einmal Teil der friedlichen Demonstrationen gewesen zu sein. „Die Polizei kehrte mit gepanzerten Spezialeinheiten zurück“, berichtet Lorraine Leete, eine als Augenzeugin geladene Anwältin. „Es waren völlig willkürliche und gewalttätige Festnahmen in der afrikanischen Sektion des Lagers. Menschen wurden nur aufgrund ihrer Hautfarben aus ihren Wohn-Containern gezogen und noch geschlagen als sie auf dem Boden lagen. Manche verloren das Bewusstsein, es gab Knochenbrüche. Es war eine schreckliche Szene, die Polizei war völlig außer Kontrolle.“

Die Staatsanwaltschaft sieht dies anders. Die Polizei habe nur diejenigen festgenommen, die Steine geworfen hätten und würde hart arbeiten, um MigrantInnen zu schützen. Dennoch kündigt die Staatsanwältin an, Untersuchungen gegen 11 Polizeibeamte aufzunehmen. Doch sie verweist in ihrer Anklage darauf, dass Griechenland in einer Wirtschaftskrise und „überwältigt von Immigranten sei“. Griechenland täte das Beste was es könne um Flüchtlingen zu helfen, denn „Menschlichkeit liege den Griechen in den Genen“.

Ein Angeklagter nach dem anderen legte Zeugnis ab, wie er von der Polizei niedergeschlagen, bespuckt und rassistisch beleidigt wurde. Alle bis auf einen der Betroffenen waren Schwarze. „Wenn ich mich frage, wieso diese unfassbar gewalttätigen Festnahmen stattgefunden haben, bin ich überzeugt, dass ein Großteil der Polizisten aus rassistischen Beweggründen gehandelt hat“, erklärt Nichol vom internationalen Beobachtungs-Komitee. Dies erlebte auch Ester A. aus Nigeria. Als sie Schüsse und Schreie hörte, versteckte sie sich mit Freunden in ihrem Wohncontainer. Vor Gericht berichtet die junge Frau, wie ein Container nach dem anderen von der Polizei aufgebrochen und durchsucht wurde. Ein Mann, der sich im selben Raum befand, versteckte sich unter dem Bett. Doch die Polizei fand ihn und schlug ihn bis er das Bewusstsein verlor. Eine hochschwangere Frau, die ihm zu Hilfe eilen wollte, wurde ebenso geschlagen und beide mussten ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Verurteilt trotz Alibi

Keiner der Angeklagten konnte im Prozess individuell identifiziert werden. Einige der Verurteilten präsentierten Alibis für die Zeit der Proteste, die nicht weiter geprüft wurden. Abdoul M. aus dem Senegal hatte während der Zusammenstöße nachweislich einen Termin bei einem Psychologen von „Ärzte ohne Grenzen“ in der nächstgelegenen Stadt Mytilene. Er berichtet: „Als ich im Nachmittag aus der Stadt im Lager ankam, war alles ruhig, die Proteste waren vorbei. Doch als ich ins Camp in Richtung des Asylbüros ging, kam ein Polizist und wollte mich festnehmen. Plötzlich kamen drei weitere Polizisten und schlugen auf mich ein, bis ich das Bewusstsein verlor.“ Erst nach einigen Stunden fand ihn ein Ärzte-Team und brachte ihn ins Krankenhaus, wo er am späten Abend das Bewusstsein wiedererlangt. Viele weitere Unstimmigkeiten zeigten sich im Gerichtssaal. Angeklagte und Zeugen wurden mehrfach in harschem Tonfall unterbrochen und Aussagen vorzeitig beendet. Zudem erhielten die Angeklagten während der gesamten Sitzungszeit und in Pausen keinerlei Nahrung und kaum Wasser. Einer der verurteilten Geflüchteten berichtete, dass lediglich abends im Gefängnis Essen zur Verfügung gestellt würde. Insbesondere die Übersetzung stellte ein großes Problem dar. Die Angeklagten bekamen nach circa einstündigen Diskussionen nur eine Übersetzung von ein bis zwei Sätzen zu hören. Der Übersetzer für die afrikanischen Sprachen Bambara und Wolof, selbst ein Geflüchteter aus Chios, sprach einen anderen Dialekt und konnte sich kaum mit den Angeklagten verständigen. Obwohl er sich krank meldete, wurde er bis zum letzten Tag der Verhandlung als Übersetzer eingesetzt, was zu schwerwiegenden Missverständnissen und Widersprüchen in der Aufnahme der Aussagen führte. Wenn die Übersetzung unmöglich wurde, halfen andere der Angeklagten aus und übersetzten in gebrochenes Französisch, das dann über drei Ecken ins Griechische übersetzt wurde. Die Englisch-Übersetzerin wurde nach der Hälfte der Prozesse von der Richterin kurzerhand während einer Vernehmung einer Zeugin durch einen Polizisten ersetzt, der zuvor den Gerichtssaal bewachte.



**Support the Legal Centre Lesbos Crowdfund to
Secure Justice for the Moria 35**

Mehr Infos hier: <https://www.facebook.com/freemoria35/>

Links. Infos. Kontakt Daten.

- <https://freetheroszke11.weebly.com/>
- <http://bordermonitoring.eu/>
- www.noborderserbia.wordpress.com
- www.opentheislands.wordpress.com
- <https://www.borderviolence.eu/>
- www.clandestinenglish.wordpress.com
- <https://ffm-online.org/>
- <https://alarmphone.org/de/>
- www.legalcentrelesbos.org
- <https://cantevictsolidarity.noblogs.org>

Kontakt: cantevictsolidarity@riseup.net

Meldet euch gern, wenn ihr Infomaterial braucht oder eine Infoveranstaltung zu den Themen Häuserkämpfe in Griechenland oder Repressionen auf der Balkanroute machen wollt!



** Situation an den Balkangrenzen*

** Repressionen*

** Kämpfe*

**OUR PASSION FOR FREEDOM IS STRONGER THAN
THEIR PRISONS**

**KEIN
MENSCH
IST
ILLEGAL!**

Spendenkonto:

Rote Hilfe e.V./ OG Hannover
IBAN: DE42 4306 0967 4007 2383 57
BIC: GENODEM1GLS
GLS Bank

Verwendungszweck: Cant evict Solidarity